



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Bildungsausschusses am 03.11.2020**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale),

**Zeit:** 17:02 Uhr bis 18:59 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnahmeverzeichnis

## Anwesend waren:

### **Mitglieder**

Andreas Schachtschneider	Ausschussvorsitzender CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Stefanie Mackies	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Claudia Schmidt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Inés Brock	Teilnahme ab 17.04 Uhr Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Vertreterin für Frau Plassa
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Hans-Dieter Sondermann	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Andreas Wels	Fraktion Hauptsache Halle
Torsten Schaper	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Cordula Henke	Sachkundige Einwohnerin
Friedrich Lembergt	Sachkundiger Einwohner
Willi Preuk	Sachkundiger Einwohner
Daniel Rumpold	Sachkundiger Einwohner
André Scherer	Sachkundiger Einwohner
Torsten Schiedung	Sachkundiger Einwohner
Andreas Slowig	Sachkundiger Einwohner
Cathleen Stahs	Sachkundige Einwohnerin
Andreas Hemming	Sachkundiger Einwohner

### **Verwaltung**

Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Alexander Frolow	Leiter Fachbereich Bildung
Andrea Simon	Controllerin GB IV
Dr. Christine Radig	Leiterin Abteilung Schule
Susanne Schultze	Leiterin Abteilung Hochbau Schulen
Siverin Arndt-Krüger	Leiterin Team Schulneubau
Steve Osterwald	Leiter Team Haushalt
Christin Blaßfeld	Stellvertretende Protokollführerin

### **Gast**

Falk Zeitler	Architekturbüro
--------------	-----------------

## zu **Einwohnerfragestunde**

---

Es gab keine Fragen von Einwohnern.

## zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Schachtschneider**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Bildungsausschusses fest.

## zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

---

Es gab keine Änderungswünsche zur Tagesordnung. Daher bat **Herr Schachtschneider** um Abstimmung der Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Es wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 06.10.2020
4. Beschlussvorlagen
  - 4.1. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2021 sowie den Beteiligungsbericht 2019  
Vorlage: VII/2020/01730
  - 4.2. Baubeschluss für den Ersatzneubau der Sporthalle zur Grundschule Auenschule, Theodor-Neubauer-Straße 14, 06130 Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2020/01720
  - 4.3. Änderung des Baubeschlusses zur Errichtung eines Interimsschulobjekts als Ausweichstandort für die Sekundarschule „Johann Christian Reil“ auf dem Gelände der BbS V, in der Rainstraße 19 in 06114 Halle (Saale) Beschlussvorlage Nr.: VI/2019/05204  
Vorlage: VII/2020/01856
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

7. Mitteilungen
  - 7.1. Auswertung der Aufnahme von Schülerinnen und Schüler in weiterführende Schulen, Schuljahr 2020/21
  - 7.2. Aktueller Stand IT-Konzept
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

**zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 06.10.2020**

---

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 06.10.2020.

**Abstimmungsergebnis: bestätigt**

**zu 4 Beschlussvorlagen**

---

**zu 4.1 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2021 sowie den Beteiligungsbericht 2019  
Vorlage: VII/2020/01730**

---

**Herr Lange** nahm Bezug auf TOP 4.3 und merkte an, dass zur Realisierung dieses Vorhabens Finanzmittel aus dem Produkt zur Installation von Sonnenschutzanlagen verwendet werden. Diesbezüglich wollte er wissen, wie viel Geld aus dem Produkt genommen wurde, warum für dieses Produkt keine Mittel in 2021 geplant sind, obwohl Bedarf besteht, und ob die entnommenen Mittel aus anderen Produkten wieder zur Verfügung gestellt werden.

**Herr Osterwald** sagte eine schriftliche Beantwortung zur Höhe der entnommenen Mittel zu. Er erklärte, dass die Mittel in 2021 nicht mehr in diesem Produkt zu sehen sind, da die Mittel aus dem allgemeinen Produkt Sonnenschutz herausgelöst wurden, um in die noch ausstehenden Sanierungen im Rahmen des Schulbauprogramms und des Digitalpaktes mit aufgenommen zu werden. Die Mittel sind folglich im Rahmen des Haushaltes in die Einzelmaßnahmen verschoben worden.

**Herr Lange** bat hierzu um eine Auflistung zu den Einzelmaßnahmen in 2021 und wo dies in den einzelnen Produkten zu finden ist. Im Folgenden kritisierte er, dass hinsichtlich der Schilderungen des Herrn Ostermann die Möglichkeit der nachträglichen Installation von Sonnenschutzanlagen bei bereits sanierten Objekten wegfällt.

**Herr Osterwald** sicherte die erbetene Ausarbeitung zu. Er erklärte außerdem, dass die geplanten Mittel zur Nachrüstung von Sonnenschutzanlagen in den Schulgebäuden vordefiniert wurden, nicht für eine Installation im Außenbereich.

**Herr Schachtschneider** fragte, ob die Mittel auch für die Beschattung von grünen Klassenzimmern verwendet werden können.

**Herr Osterwald** betonte noch einmal, dass die Verwendung der Mittel grundsätzlich für die Gebäude selbst und nicht für Außenanlagen eingeplant ist. Sollten Finanzmittel über die geplante Verwendung hinaus übrigbleiben, kann eine Prüfung für die Verwendung für Außenbereiche geprüft werden.

**Herr Lange** hinterfragte, warum die Maßnahmen im Rahmen der veranschlagten Finanzmittel nicht vollumfänglich in 2020 umgesetzt wurden.

**Herr Osterwald** verwies darauf, dass die geplanten Maßnahmen in die Einzelmaßnahmen für die kommende Haushaltsplanung aufgenommen wurden. Da nicht alle Sanierungsmaßnahmen in 2020 realisiert wurden, steht an diesen Objekten auch die Installation von Sonnenschutzanlagen für das Folgejahr aus.

**Herr Preuk** bezog sich auf den neuen Posten „Neubau Mensa Giebichenstein-Gymnasium Thomas Müntzer“ und fragte, ob der ursprüngliche Plan, das Gymnasium mit in die Rainstraße zu integrieren, hinfällig ist. Zudem wollte er wissen, wo der Bau der Mensa vorgesehen ist.

**Frau Brederlow** erklärte, dass das Ausweichobjekt in der Rainstraße zuletzt mit der zweiten Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes beschlossen wurde. Die Haushaltsplanung wurde bereits vorher gemacht. Die geplanten Mittel sollen trotzdem im Investitionshaushalt aufrechterhalten werden.

**Herr Slowig** griff noch einmal das Thema Sonnenschutz auf und zeigte anhand eines Beispiels auf, dass die Koppelung der Sonnenschutzinstallation an Sanierungsmaßnahmen im Kontext Digitalisierung nicht zielführend ist, da dabei die Schulen benachteiligt werden, für die keine Maßnahmen zur Digitalisierung notwendig sind, aber der Sonnenschutz dringend hergestellt werden müsste.

**Herr Lange** fragte, ob die Mittel für die geplante Mensa am Giebichenstein-Gymnasium Thomas Müntzer tatsächlich dafür verwendet werden oder ob aus dieser Position Gelder für andere Maßnahmen entnommen werden.

**Frau Brederlow** wies darauf hin, dass diesbezüglich Änderungsanträge gestellt werden können. Außerdem erklärte sie, dass abweichende Mittelverwendungen durch nicht zu erfüllende Verpflichtungsermächtigungen im Einzelfall zustande kamen. Diese wurden jedoch in den Folgejahren wieder im Haushalt entsprechend veranschlagt.

**Herr Schachtschneider** nahm Bezug auf den Stellenplan und fragte, warum die Anzahl der Schulsekretäre/Sekretärinnen zwischen dem Ist-Stand und der Planung um über zehn Stellen schwankt.

**Frau Dr. Radig** erklärte, dass im Stellenplan 2020 sieben neue Stellen besetzt wurden und inzwischen Personalwechsel stattgefunden haben, sodass momentan wieder Ausschreibungsverfahren laufen. Die Verfahren nehmen Zeit in Anspruch, jedoch sollen alle Stellen wiederbesetzt werden.

**Frau Ranft** hinterfragte, ob sich die Anzahl der Schulsekretäre/Sekretärinnen im Stellenplan nach den prognostizierten Schülerzahlen für das kommende Schuljahr richten.

**Frau Dr. Radig** sagte, dass die Anmeldung für den Stellenplan im Frühjahr erfolgt. Zu diesem Zeitpunkt liegen noch keine Schülerzahlen für das Folgejahr vor, sodass diese nicht betrachtet werden können. Die mittlerweile vorliegenden Schülerzahlen sind im Vergleich zum laufenden Schuljahr jedoch nicht nennenswert angestiegen, sodass keine Änderung im Stellenplan notwendig wurde.

**Herr Schachtschneider** erkundigte sich, wie die Verwaltung auf plötzlich steigende Schülerzahlen reagieren würde.

**Frau Dr. Radig** antwortete, dass sich die Schülerzahlen im laufenden Schuljahr erfahrungsgemäß nicht erheblich ändern. Sollten derartige Entwicklungen festgestellt werden, wird Rücksprache mit dem Fachbereich Personal gehalten. Für die Stellenplanung 2021/2022 wäre ein Antrag zum Verfahren über die Beratungen zum Haushalt der sichere Weg.

**Frau Brederlow** fügte hinzu, dass die Schulsekretariate entsprechend der aktuellen Schülerzahlen besetzt werden. Sollte ein höherer Bedarf zustande kommen, kann die Verwaltung über den Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften und den Hauptausschuss eine Änderung des Stellenplans beantragen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Schachtschneider** um Abstimmung.

**zu 4.1 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2021 sowie den Beteiligungsbericht 2019**  
**Vorlage: VII/2020/01730**

---

**Abstimmungsergebnis SR:** einstimmig zugestimmt  
8 Ja / 0 Nein / 3 Enthaltungen

**Abstimmungsergebnis SKE:** einstimmig zugestimmt  
5 Ja / 0 Nein / 4 Enthaltungen

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2021 mit dem Haushaltsplan 2021.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2019 zur Kenntnis.

**zu 4.2 Baubeschluss für den Ersatzneubau der Sporthalle zur Grundschule Auenschule, Theodor-Neubauer-Straße 14, 06130 Halle (Saale)**  
**Vorlage: VII/2020/01720**

---

**Herr Zeitler** führte anhand einer Präsentation in die Beschlussvorlage ein.

**Herr Lange** bat um Mitteilung der Schülerzahlen, nach denen sich die vorzuhaltende Turnhallengröße bemisst. Weiterhin fragte er, warum die Fertigung der Turnhalle nur zum Teil in Holzbauweise umgesetzt wird, und ob es möglich ist, Turnhallen als Nullenergiegebäude zu errichten.

**Frau Dr. Radig** erklärte anhand eines Beispiels, dass sich die Turnhallengröße an der Klassenzahl und den Sportstunden lt. Lehrplan bemisst.

**Herr Zeitler** erläuterte das Vorgehen bei einer Holzbauweise und sagte, dass bei diesem Objekt eine Reduzierung auf das notwendige und konstruktive Maß im Hinblick auf die Verwendung von Stahlbeton stattgefunden hat. Zudem ist es eine Frage der Wirtschaftlichkeit und des Aufwandes, ein ganzes Objekt aus Holz zu errichten. Hinsichtlich der Bauweise als Nullenergiehaus ist zu beachten, dass man selber im Gebäude Energie erzeugen muss. Anstelle der Dachbegrünung hätte man somit Photovoltaikanlagen verbauen müssen, worauf man bewusst verzichtet hat. Dennoch befindet man sich bei dem Gebäude in einem Niedrigenergiebereich.

**Herr Schiedung** fragte, ob es einen externen Zugang zu der Turnhalle für Drittnutzer über die Albert-Ebert-Straße geben wird.

**Herr Zeitler** antwortete, dass die Turnhalle mit zwei Eingängen konzipiert wurde, sodass ein Zugang über die Albert-Ebert-Straße möglich sein wird.

**Herr Schiedung** erkundigte sich über die Planung von WLAN im Turnhallenbereich.

**Herr Zeitler** sagte, dass dies grundsätzlich realisierbar ist. Die detaillierten Planungen sind jedoch noch nicht so weit vorangeschritten, um dies final beantworten zu können.

**Frau Brederlow** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

**Herr Scherer** bat um Erläuterung der Vor- und Nachteile des gewählten Bodenbelags im Vergleich zu Parkett bezogen auf den Schulsport. Außerdem fragte er, aus welchen Gründen für den Holzbau auf sibirische Lärche zurückgegriffen wird und woher das Holz bezogen wird.

**Herr Zeitler** erklärte, dass aufgrund der Nutzung u.a. durch Inlineskating Vereine spezielle Anforderungen an den Boden und dessen Elastizität gegeben sind. Darum hat man sich für einen flächenelastischen Boden entschieden, der in der Konstruktion aufwendiger ist. In Abstimmung mit der Schulverwaltung wurde ein homogener Belag (Linoleumboden) dem Parkett vorgezogen, da dieser in der Wartung und Instandhaltung wirtschaftlicher ist. Weiterhin sagte **Herr Zeitler**, dass das Holz der Sibirischen Lärche aus Russland verwendet wird, da man sich in der Planung auf harzreiches, widerstandsfähiges Holz verständigt hat, das in großen Mengen verfügbar sein soll. Beides ist bei dieser Holzart gegeben.

**Frau Stahs** fragte, ob bei der Wiederverwendung alter Baumaterialien auch Asbest eine Rolle spielt. Dies wurde durch Kopfschütteln verneint. Zudem erkundigte sie sich nach einem sicher abgegrenzten Bereich in der Turnhalle, in dem Kinder sich aufhalten können, wenn sie nicht am Sportunterricht teilnehmen.

**Herr Zeitler** sagte, dass im Obergeschoss eine Galerie zur Verfügung steht, die als Aufenthaltsraum geeignet wäre. Auch im behindertengerechten Bereich gibt es Platz, um wenige Kinder fernab des Sportbetriebes unterzubringen. Abgesehen davon stehen im Schulkomplex ggf. Räume für theoretischen Unterricht zur Verfügung.

**Herr Hemming** fragte, ob in der Turnhalle ein Aufzug vorgesehen ist und kritisierte, dass nur eine barrierefreie Umkleide eingepplant ist und wollte wissen, ob man eine weitere planen kann.

**Herr Zeitler** antwortete, dass die Turnhalle selbst keinen Aufzug vorhält, die Geschosserreichbarkeit jedoch über Aufzüge im Schulgebäude realisiert wird. Hinsichtlich der Umkleide räumte er ein, dass lediglich eine Räumlichkeit geplant ist. Sollte es mehr Bedarf geben, können andere Räume jedoch als Alternative genutzt werden.

**Frau Dr. Burkert** erkundigte sich darüber, ob die geplanten Maßnahmen zur Lärmabsorption für die Größe der Turnhalle ausreichend sind und ob eine Regenwassersammelbehälter für den Schulgarten umsetzbar wäre.

**Herr Zeitler** erklärte, dass für den Außenbereich eine Zisterne vorgesehen ist, in der das Regenwasser gesammelt wird. Zum Lärmschutz teilte er mit, dass mit den geplanten Maßnahmen die geforderten Normen erfüllt werden.

**Herr Lange** bat die Verwaltung, im Rahmen der Planung noch einmal die Schaffung von mehreren barrierefreien Umkleiden zu prüfen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Schachtschneider** um Abstimmung.

**zu 4.2 Baubeschluss für den Ersatzneubau der Sporthalle zur Grundschule Auenschule, Theodor-Neubauer-Straße 14, 06130 Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2020/01720**

---

**Abstimmungsergebnis SR:** einstimmig zugestimmt  
11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

**Abstimmungsergebnis SKE:** einstimmig zugestimmt  
8 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

**Beschlussempfehlung:**

Der Stadtrat beschließt den Ersatzneubau der Sporthalle zur Grundschule Auenschule, Theodor-Neubauer-Straße 14, 06130 Halle (Saale).

**zu 4.3 Änderung des Baubeschlusses zur Errichtung eines Interimsschulobjekts als Ausweichstandort für die Sekundarschule „Johann Christian Reil“ auf dem Gelände der BbS V, in der Rainstraße 19 in 06114 Halle (Saale)  
Beschlussvorlage Nr.: VI/2019/05204  
Vorlage: VII/2020/01856**

---

**Frau Dr. Brock** fragte, ob es Regressansprüche bezüglich der offenbar ungenügenden Untersuchung des Baugrundes gibt.

**Frau Schultze** erklärte, dass eine solche Prüfung noch nicht stattgefunden hat, aber durch die Verwaltung zeitnah durchgeführt wird. Sie sagte dahingehend eine schriftliche Information zu.

**Frau Ranft** bat um Mitteilung, in welchem Zeitraum die Regressansprüche geprüft werden.

**Frau Brederlow** sagte, dass dies im Rahmen der schriftlichen Information beantwortet wird.

**Herr Lange** bezog sich auf die Finanzierung der Maßnahme und fragte, ob die Mittel aus den geplanten Mitteln für den Campus Kastanienallee verwendet werden können, anstatt Einsparungen beim Sonnenschutz vorzunehmen.



**Herr Osterwald** stellte klar, dass man beim Campus Kastanienallee von veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen spricht und nicht von realen Zahlbedarfen, so wie es aktuell bei der Beschlussvorlage der Fall ist.

**Herr Lange** bat um Beantwortung seiner Anfragen und Prüfung von alternativen Kostenstellen bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Schachtschneider** um Abstimmung.

**zu 4.3 Änderung des Baubeschlusses zur Errichtung eines Interimsschulobjekts als Ausweichstandort für die Sekundarschule „Johann Christian Reil“ auf dem Gelände der BbS V, in der Rainstraße 19 in 06114 Halle (Saale)  
Beschlussvorlage Nr.: VI/2019/05204  
Vorlage: VII/2020/01856**

---

**Abstimmungsergebnis SR:** einstimmig zugestimmt  
7 Ja / 0 Nein / 3 Enthaltungen

**Abstimmungsergebnis SKE:** einstimmig zugestimmt  
3 Ja / 0 Nein / 6 Enthaltungen

**Beschlussempfehlung:**

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Änderung des Baubeschlusses, Vorlagen-Nr.: VI/2019/05204, hinsichtlich der Erhöhung des Gesamtkostenumfangs auf 1.068.000 EUR.
2. Eine überplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2020 im Finanzhaushalt für die Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.21601019.700 Erschließung Außenstelle Sekundarschule Reil (HHPL Seite 1029, 1246)

Finanzpositionsgruppe 785\* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 232.000 EUR.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

PSP-Element 8.24301011.700 Sonnenschutz an Schulen (HHPL Seite 1092, 1249)

Finanzpositionsgruppe 785\* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 232.000 EUR.

## zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

---

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

## zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

---

Es gab keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten.

## zu 7 Mitteilungen

---

### zu 7.1 Auswertung der Aufnahme von Schülerinnen und Schüler in weiterführende Schulen, Schuljahr 2020/21

---

**Herr Lange** bat um bessere Aufklärung dahingehend, dass der Besuch eines gymnasialen Bildungsganges an einer kooperativen Gesamtschule dem Besuch eines Gymnasiums in nichts nachsteht, um die Gymnasien nicht mit steigenden Schülerzahlen zu überlasten.

**Frau Dr. Radig** erklärte, dass den Eltern alle Schulformen angeboten werden und durch die Verwaltung beim Elternwunsch keine gezielte Steuerung nur auf Gesamtschulen erfolgt bzw. beim Elternwunsch Gymnasium auch die gymnasialen Plätze an den KGS angeboten werden, Die Problematik ist bekannt und wird durch Beratungsgespräche sowie stetig aktualisierte Informationsbroschüren versucht zu verringern.

### zu 7.2 Aktueller Stand IT-Konzept

---

**Frau Dr. Burkert** fragte, warum erst für vier Schulen Förderbescheide erlassen worden sind und ob es Möglichkeiten für eine schnellere Antragstellung gibt. Hinsichtlich der Beschaffung von Laptops wollte sie wissen, ob diese im Einzelfall beschleunigt werden kann.

**Frau Brederlow** erklärte, dass die Förderanträge zum allgemeinen Digitalpakt speziellen Anforderungen unterliegen. Dazu wurden mit den Schulen entsprechende Konzepte erarbeitet und anschließend Fördermittelanträge gestellt. Aufgrund von Nachfragen dauert die Bewilligung unterschiedlich lang. Beim Sofortprogramm zur Beschaffung von Laptops hat sich die Stadt Halle (Saale) für eine Landesbeschaffung ausgesprochen, welche jedoch Zeit in Anspruch nimmt. Für Schulen, die Bedarfe signalisieren, wird an Lösungen zur Überbrückung gearbeitet.

**Herr Schiedung** bemängelte die nicht sehr umfängliche Ausarbeitung zum IT-Konzept. Er bat um Erstellung einer Präsentation mit der Firma ITC, in der die Faktoren Zuleitung, Infrastruktur und technische Ausstattung von allen Schulen im Stadtgebiet aufgeschlüsselt werden.

**Frau Dr. Radig** sagte, dass die heutige Mitteilung eine Zwischeninformation ist und zur nächsten Sitzung des Bildungsausschusses eine umfassendere Ausarbeitung vorgelegt wird. Eine grundhafte Analyse des Ausstattungsstandes für jede einzelne Schule ist an dieser Stelle jedoch personell nicht umsetzbar.

**Herr Schachtschneider** äußerte Kritik am Sofortprogramm und unterlegte diese mit einem Beispiel.

**Herr Lange** wies darauf hin, dass in der Stadtverwaltung die notwendige IT-Kompetenz aufgebaut werden muss und bat um Umsetzung des IT-Konzeptes unter Berücksichtigung des gestellten Änderungsantrages sowie zeitnahe Berichterstattung.

**Frau Schmidt** fragte, ob die Geräte zur Beschaffung im Sofortprogramm in den Schulen verbleiben oder ob diese an bedürftige Schüler/innen ausgegeben werden.

**Frau Dr. Radig** erklärte, dass der Verteilerschlüssel vom Land lediglich die Schülerzahlen als Ausgangspunkt betrachtet hat. Eine Regulierung seitens der Stadtverwaltung hinsichtlich sozialer Aspekte würde womöglich zur Ungleichbehandlung von Schulen führen. Die Geräte verbleiben grundsätzlich in den Schulen. Die Schulen regeln eigenständig, ob ein Verleih der Geräte stattfindet.

**Herr Rumpold** erkundigte sich nach den Kriterien zur Bemessung von Bedürftigkeit und schlug vor, den Halle-Pass als Nachweis in Betracht zu ziehen.

**Frau Dr. Radig** sagte, dass dies möglich sei, man jedoch schnell an Grenzen des Datenschutzes stoßen würde. Den Schulen wurde empfohlen, sich an den Familien zu orientieren, die den herabgesetzten Satz für die Lehrbücher erbringen müssen. Der Bedarf ist trotz Beachtung gewisser Kriterien deutlich größer als die Anzahl der zur Verfügung gestellten Geräte.

**Herr Schiedung** fragte, ob es seitens des Bundes finanzielle Unterstützung für Kommunen zur administrativen Personalverstärkung gibt.

**Frau Brederlow** antwortete, dass eine Priorisierung des Personalschlüssels und der Aufgabenverteilung stattfindet und letztendlich der Stadtrat über diese Anliegen entscheidet.

## **zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

### **zu 8.1 Herr Lange zur gestaffelten Schülerbeförderung**

---

**Herr Lange** fragte, ob es bekannt ist, dass der Bund den Ländern Finanzmittel zur Verfügung stellt, um den Schülerverkehr pandemiebedingt zu entzerren und mehr Fahrzeuge eingesetzt werden können.

**Frau Brederlow** sagte, dass ihr diese Information nicht bekannt ist. Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand hat in der heutigen Pressekonferenz jedoch die Idee geäußert, den Schulbeginn gestaffelt zu gestalten, um den ÖPNV zu entlasten.

### **zu 8.2 Frau Dr. Burkert zur gestaffelten Schülerbeförderung**

---

**Frau Dr. Burkert** fragte, ob die Möglichkeit des gestaffelten Schulbeginns von der Verwaltung in Betracht gezogen wird.

**Frau Brederlow** erklärte, dass sie diesen Vorschlag begrüßt.

### zu 8.3 Herr Preuk zum Jugendparlament

---

**Herr Preuk** erkundigte sich zum Sachstand der Umsetzung eines Jugendparlaments.

**Frau Brederlow** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

### zu 8.4 Frau Ranft zur Grundschule Diemitz

---

**Frau Ranft** fragte, ob Beschlussvorlagen, die den Bereich Bildung betreffen, auch zur Vorberatung in den Bildungsausschuss eingebracht werden können. Als Beispiel nannte sie den Baubeschluss zur Grundschule Diemitz / Freiimfelde zur IT Infrastruktur.

**Frau Brederlow** erklärte, dass dies der übliche Weg sei. Es wird geprüft, warum es bei dem genannten Beispiel nicht erfolgt ist.

### zu 8.5 Herr Lembert zur gestaffelten Schülerbeförderung

---

**Herr Lembert** gab zu bedenken, dass diese Idee dazu führen kann, dass das Schulende aufgrund der geänderten Pausenzeiten nach hinten verlagert wird. Er fragte, wie die Stadtverwaltung die Schulen hierbei unterstützen wird.

**Frau Brederlow** sagte, dass diese Frage an das Landesschulamt gestellt werden muss, da die Gestaltung des internen Ablaufes in den Schulen nicht Aufgabe der Stadtverwaltung ist.

### zu 8.6 Herr Lembert zur Kostendeckung der Informationsbroschüre

---

**Herr Lembert** fragte, wie die Informationsbroschüre aus der letzten Sitzung des Bildungsausschusses finanziert wurde.

**Frau Dr. Radig** antwortete, dass diese Broschüre vollständig werbefinanziert wurde.

### zu 8.7 Frau Dr. Burkert zur Grundschule Diemitz

---

**Frau Dr. Burkert** bezog sich auf die letzte Sitzung des Bildungsausschusses, in der die Toilettensituation der Grundschule Diemitz thematisiert wurde. Die Antwort der Verwaltung war aus ihrer Sicht unzureichend, sodass sie um eine Vorortbegehung des Objektes bat, um alternative Lösungen zu finden.

**Frau Brederlow** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

### zu 8.8 Herr Slowig zur gestaffelten Schülerbeförderung

---

**Herr Slowig** gab zu bedenken, dass die Staffelung der Unterrichtszeiten erhebliche Problem in der Personalplanung nach sich ziehen wird und es zu Unterrichtsausfall kommen kann.

**zu 8.9 Herr Scherer zur gestaffelten Schülerbeförderung**

---

**Herr Scherer** fügte hinzu, dass man die Betreuung in den Horten nicht außer Acht lassen darf.

**zu 9 Anregungen**

---

Es gab keine Anregungen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, beendete **Herr Schachtschneider** den öffentlichen Teil der Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

---

Andreas Schachtschneider  
Ausschussvorsitzender

---

Christin Blaßfeld  
Stellvertretende Protokollführerin